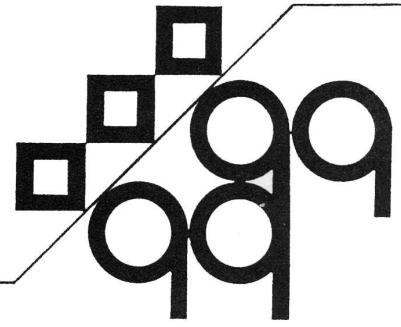


wuqûf



Kurzanalysen

Sigrid Faath / Hanspeter Mattes

Tunesiens Salafisten

Ziele – Strategien – Einfluss

**Edition Wuqûf
Berlin**

**ISSN 0948-0951
Nr. 22, November 2012**

Inhalt

1. Die Ausgangslage	3
1.1. Salafisten als neue Akteure seit 2011	3
1.2. Externe Wahrnehmung der tunesischen Salafisten	5
2. Die tunesischen Salafisten	8
2.1. Organisationen und Persönlichkeiten	10
2.2. Ziele und Strategiewahl	14
3. Die Aktivitäten zur Verankerung	16
3.1. Langfristig wirksame pädagogische Maßnahmen	17
3.2. Anhänger mobilisierende und organisationsstärkende Maßnahmen	19
4. Ennahda-Komplizität und ein fehlendes Gegengewicht	21
5. Perspektiven	25

Zusammenfassung

Seit dem Wahlsieg der islamistischen Ennahda-Partei im Oktober 2011 sind in Tunesien neben Ennahda zahlreiche islamistische Organisationen des salafistischen Spektrums aktiv, um die Bedingungen für eine religionsbasierte Staats- und Gesellschaftsordnung zu schaffen. Fatal sind die Auswirkungen des islamistischen Aufschwungs für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Tunesiens. Die Auseinandersetzungen um die Sicherung der Macht (Ennahdas) und den Einfluss islamistischer Organisationen auf Religion, Politik und Gesellschaft stehen derart im Vordergrund, dass alle anderen Bereiche von der Ennahda-dominierten Regierung sekundär behandelt werden.

Die salafistische „Missionsarbeit“ an der gesellschaftlichen Basis, im Bildungsbereich, an den Moscheen und im staatlichen Fernsehen sowie in den sozialen Netzwerken, ihre Moralisierungskampagnen, verbunden mit dem Aufbau von sozialem Druck zur Anpassung, wie auch die Gewaltakte gegen „Abweichler“ und „Ungläubige“, die Angst erzeugen und den Anpassungsdruck erhöhen sollen, verschaffen der islamistischen Bewegung insgesamt Einfluss. Die langfristige Wirkung dieser salafistisch-geprägten pädagogischen Arbeit ist nicht zu unterschätzen. Die Verbindung zwischen Salafisten und der Partei Ennahda erhöht den politischen Einfluss der tunesischen Salafisten. Die salafistische Fraktion Ennahdas ist stark, so dass parallel zur politischen Dominanz Ennahdas in den Institutionen des Staates der Einfluss für salafistische oder ähnlich radikale Islaminterpretationen und Ordnungskonzepte geebnet wird.

1. Die Ausgangslage

Islamistische Organisationen, Gruppen und Persönlichkeiten profitierten von dem politischen Umbruch in Tunesien vom 14. Januar 2011. Sie sind seither zunehmend im öffentlichen Raum präsent und dringen auf eine stärkere Betonung formal-religiöser Aspekte und religiöser Referenzen in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft. Ihr Religionsverständnis ist ein fundamentalistisches, d. h. hier streben eine Erneuerung des Islam nach der Lehre der Frühzeit an, die allerdings unterschiedlich ausgelegt wird, so dass ein breites Spektrum an islamistischen Interpretationen vorhanden ist. Eine zentrale Rolle kommt bei allen der Einheit von Religion und Politik zu. Dementsprechend soll die Religion als ausschließliche, ordnungsgestaltende Kraft in Staat und Gesellschaft wirken. Dieses Ziel soll auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Mitteln, die von Überzeugungsarbeit bis hin zum Gewalteinsetz reichen, verwirklicht werden.

Der Oberbegriff „Islamisten“ umfasst alle, die den Islam fundamentalistisch interpretieren, ihn zur Grundlage ihres politischen und gesellschaftlichen Handelns machen, ihn zu ihrer Selbstlegitimation nutzen und bestrebt sind, die gesellschaftliche und staatliche Ordnung gemäß ihrer Religionsinterpretation, die einen Monopolanspruch geltend macht, zu gestalten. Wegen des Spektrums an Mitteln und Wegen, die Islamisten in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen und politischen Umfeldbedingungen wählen, um ihr Ziel zu erreichen, wird analytisch meist in moderate und radikale Islamisten unterschieden. Diese Unterscheidung bezieht sich allerdings lediglich auf das Verhältnis einer Gruppe oder Organisation zur Gewalt, nicht auf die Religionsinterpretation und das Weltbild oder die angestrebte Staats- und Gesellschaftsordnung an sich.¹

Das Verhältnis von Islamisten zur Gewalt ist veränderlich und umfeldabhängig. Je größer die Organisation, desto eher finden sich in ihren Reihen sowohl Verfechter eines moderaten als auch eines radikalen Kurses. Das islamistische Spektrum Tunesiens liefert hierfür Anschauungsmaterial.

1.1. Salafisten als neue Akteure seit 2011

Seit dem Wahlsieg der islamistischen *Partei Ennahda* bei den Wahlen zur tunesischen Verfassungsgebenden Versammlung 23. Oktober 2011 und der Bildung

¹ Vgl. hierzu Asseburg, Muriel (Hrsg.): *Moderate Islamisten als Reformakteure*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2007, S. 9-10 (Einleitung). Radikal (oder auch: militant) bedeutet hier: Gewalt anwendend, Gewalt propagierend; moderat heißt, Gewalt als Mittel der Zielumsetzung wird (momentan) abgelehnt.

einer von Ennahda dominierten Koalitionsregierung im Dezember 2011 üben Islamisten in Tunesien erstmals seit der Unabhängigkeit des Landes 1956 prominente politische Funktionen aus. Neben Ennahda sind inzwischen zahlreiche islamistische Vereinigungen, darunter viele des salafistischen Spektrums, offen aktiv und all jene, die sich offiziell registrieren lassen wollten, auch zugelassen. Legalisiert wurden 2012 auch drei Parteien islamistisch-salafistischer Tendenz und die *Befreiungspartei* (Hizb al-Tahrir), die ähnlich wie die Salafisten ein demokratisches System ablehnt und als Staatsform ein Kalifat fordert. Das Gros der Salafisten beruft sich auf die radikal-puristische Religionsauslegung wahhabitischer Imame und legt hohen Wert auf Äußerlichkeiten, um ihre Anhängerschaft zu dieser spezifischen religiösen Orientierung und Ausrichtung am Vorbild des Propheten und seiner Gefährten zu unterstreichen.

Auffallend ist, dass die von Ennahda dominierte Regierung und die Ennahda-Parteiführung, insbesondere Parteipräsident Rachid Ghannouchi, bei salafistischen Gewaltakten oftmals geschwiegen haben und viele Gesetzesübertretungen von Salafisten, die seit 2011 ihre Moral- und Wertvorstellungen aggressiv, d. h. mit Gewalt durchsetzen wollen, keine strafrechtlichen Konsequenzen hatten. Der auf dem Ennahda-Parteikongress im Juli 2012 befürwortete und von Ennahda in die laufende Verfassungsdiskussion eingebrachte Gesetzentwurf, der jegliche Angriffe – ob durch Wort, Schrift oder Bild – auf „das Heilige“ (die Religion) kriminalisieren soll, ist nur ein Beispiel, das die These der Komplizenschaft zwischen Ennahda und den Salafisten für viele religiös liberal und säkular eingestellte Tunesier erhärtet und Angst vor wachsendem religiösem Extremismus,² vor Intoleranz, Unfreiheit und einer Meinungs- und Glaubensdiktatur schürt.³

Aggressive Akte gegen Andersdenkende, gegen Beleidigungen der Religion durch Wort, Bild, Musik, Film und gegen vermeintlich unislamisches Verhalten, an denen salafistische Gruppen beteiligt sind oder für die sie verantwortlich zeichnen, sorgen für erhöhte Medienaufmerksamkeit im In- und Ausland. Besonders

² Im März 2012 gaben 50,9 % der Befragten an, Angst vor religiösem Extremismus zu haben. Vgl. Jeune Afrique, Paris, 25.3.2012 (Les trois Tunisie).

³ Selbst wenn der Gesetzentwurf nur in abgewandelter Form in die neue Verfassung eingehen wird (in Diskussion ist Ende Oktober 2012, den Schutz des „Heiligen“ als allgemeine Bestimmung in die Präambel aufzunehmen), so lässt der Entwurf erkennen, welche engen Grenzen Ennahda setzen möchte was Meinungsfreiheit, künstlerische Freiheiten, aber auch die theologische Befassung mit dem Islam anbelangt. Der Entwurf operiert bewusst mit einem schwer zu fassenden, vagen Begriff, der offen für Auslegungen ist und sich somit dazu eignet, unliebsame Stimmen mundtot zu machen. Ähnlich verhält es sich mit der Diskussion um Artikel 1 der Verfassung und den Verweis auf den Islam, wo derzeit eine ebenfalls sehr weit auslegbare Formulierung eingebracht wurde; es soll demnach heißen, der Staat gründet auf dem Islam und seinen Zielen.

spektakulär waren die Proteste vor der US-amerikanischen Botschaft in Tunis nach dem Freitagsgebet am 14. September 2012, zu denen salafistische Prediger aufgerufen haben. Ein in den USA erstellter Film, in dem der Islam in der Person des Propheten Mohammed verunglimpft wurde, diente zum Anlass für den Protest, bei dem Demonstranten auf das Gelände der US-Botschaft vordrangen, parkende Autos anzündeten, die schwarze Flagge der Salafisten hissten und die benachbarte amerikanische Schule verwüsteten. Es gab unter den Demonstranten und bei den tunesischen Sicherheitskräften Tote und Verletzte. Die Sicherheitskräfte hatten die Eskalation nicht verhindert oder waren dazu nicht in der Lage. Vieles ist diesbezüglich im Unklaren. Kleine extremistische Gruppen der jihadistischen Salafisten, die den bewaffneten Kampf befürworten, werden seither von einigen Regierungsmitgliedern für die Übergriffe verantwortlich gemacht. Nach längerem Schweigen schloss sich Ennahda-Parteiführer Ghannouchi dieser Meinung an, erklärte jedoch diejenigen, die den Film produzierten und vertreiben ließen, zu den Hauptverantwortlichen.

1.2. Externe Wahrnehmung der tunesischen Islamisten

Der Eindruck, die Ennahda-Partei und die von Ennahda-dominierte Regierung komme Salafisten entgegen, schütze sie bzw. gehe bei Gesetzesübertretungen nicht entschlossen gegen sie vor, um sich weiterhin ihre politische Unterstützung zu sichern, wurde auch nach diesem Vorfall erhärtet. Staatspräsident Marzouki wies in einem Interview am 2. Oktober 2012 darauf hin, dass es in Tunesien circa 3.000 jihadistische Salafisten gäbe; von diesen hätten nur einige wenige Beziehungen zu *Al-Qaida im Islamischen Maghreb*, die eine terroristische Gefahr für die Region darstelle. Durch diese Fokussierung auf terroristische Gewalt und sicherheitspolitische Gefahren, die von ihr ausgehen, werden die gesellschaftliche und letztendlich die politische Dimension des vielfältigen Wirkens salafistischer Gruppen, die nicht dem terroristischen Zweig zuzurechnen sind, ausgeblendet. Damit werden jedoch auch die Formen von Gewalt heruntergespielt, die diese Gruppen ausüben wie z. B. Hetz- und Hasspredigten oder landesweit physische Angriffe auf Andersdenkende und Personen, die gegen die salafistischen Verhaltensnormen verstoßen.

Die Kurzanalyse will auf diese Entwicklungen und ihre langfristige Wirkung aufmerksam machen, weil sich viele europäische Beobachter des tunesischen Transformationsprozesses seit 2011 angesichts der Vielfalt des islamistischen Spektrums eine vereinfachende Sichtweise zugelegt haben. Es wird – überspitzt ausgedrückt – bipolar gedacht und getrennt in die „moderate“ Ennahda-Partei, die

an pluralen, demokratisch verlaufenen Wahlen teilnahm, und in Salafisten-Jihadisten, worunter meist jene verstanden werden, die Beziehungen zu *Al-Qaida im Islamischen Maghreb* haben und terroristische Aktionen unterstützen.

Nicht alle tunesischen Salafisten plädieren jedoch für den bewaffneten Kampf und terroristische Aktionen; nicht alle Salafisten, die jetzt den bewaffneten Kampf ablehnen, sind aber prinzipiell gegen die Strategie des bewaffneten Kampfes oder gegen den Einsatz von Gewalt. Auch bei jenen Gruppen und Vereinigungen, die von sich sagen, sie würden den Weg der Predigt und Mission, der Überzeugungsarbeit, beschreiten, um die Gesellschaft in ihrem Sinne zu islamisieren, finden sich Prediger, die Hetzreden führen und Gewalt rechtfertigen. Schließlich lehnen auch nicht alle Ennahda-Mitglieder und Ennahda-Unterstützer Gewalt generell ab, selbst wenn sie gegenwärtig terroristische Gewalt ablehnen, weil sie im aktuellen Kontext Tunesiens den politischen Erfolg Ennahdas gefährden kann.⁴

In Europa ist die Auffassung verbreitet, die Ennahda-Partei werde sich in ein demokratisches, republikanisches System, das durch freie plurale Wahlen legitimiert ist, eingliedern, dessen Spielregeln achten und eine Abwahl akzeptieren. Von tunesischen Salafisten wird dies im Allgemeinen nicht angenommen; sie gelten im Vergleich zu Ennahda als radikaler. Diese Unterscheidung zwischen Ennahda und Salafisten blendet aus, dass die Ennahda-Gründer und heutigen Führungspersönlichkeiten von salafistischem Gedankengut geprägt sind und dass die Partei über eine starke, den Salafisten nahestehende bzw. eine salafistisch-verortete Fraktion verfügt. Ennahda strebt wie die salafistischen Führer und deren Organisationen ein Ziel an, das mit einem religiösen Monopol- und absoluten Wahrheitsanspruch verbunden ist. Durch ständige Bezugnahme auf die Religion und durch die gezielte Instrumentalisierung der religiösen Empfindungen in breiten Kreisen der Bevölkerung versucht Ennahda wie die selbständig agierenden anderen islamistischen Organisationen in Tunesien, ihren politischen und gesellschaftlichen Einfluss zu konsolidieren. Durch Denunzierung politischer wie zivilgesellschaftlicher Opposition und Andersdenkender werden diese gezielt als „gottlos“ diskreditiert, um ihren Einfluss zu schwächen. Die Aktivitäten aller islamistischen Organisationen – inklusive Ennahdas – dienen der Verbreitung einer fundamentalistischen Religions- und Weltanschauung. Ziel ihrer Basisarbeit ist die entsprechende Umformung der Gesellschaft.

⁴ So warnte auch die Ennahda-Parteiführung in einem Kommuniqué vom 31.10.2012 nach dem bewaffneten Angriff von Salafisten auf zwei Stationen der Nationalgarde, bei denen es Verletzte und Tote gab, vor Gewalt und rief zur Ruhe auf, „um die Revolution zu schützen“ (im Klartext: um die Errungenschaften der Islamisten seit 2011 zu schützen).

Die Tatsache, dass Ennahda vom Salafismus geprägt ist und sowohl die politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten Ennahdas als auch der eigenständigen salafistischen Organisationen einem Oberziel dienen, nämlich der Durchsetzung einer islamistisch-geprägten Staats- und Gesellschaftsordnung, stärkt die tunesischen salafistischen Organisationen und Gruppen. Sie sind deswegen in Tunesien kein Randphänomen; sie stellen gemeinsam mit Ennahda eine Kraft dar, die auf verschiedenen Wegen und mit komplementären Strategien eine Vision verwirklichen will. Diese Vision stellt die Religion und die aus ihren Quellen abgeleiteten Ordnungsvorstellungen über weltliche Modelle. Die Übernahme politischer Verantwortung durch Ennahda hat das Ziel eines religionsbasierten Staates in Reichweite gerückt und nicht etwa in den Hintergrund gedrängt. Dasselbe gilt für jene salafistischen Vereinigungen, die sich zur Parteigründung entschlossen.⁵

Die deutsche Bundesregierung schloss mit Tunesien 2011 eine Transformationspartnerschaft, deren Ziel die Unterstützung des Aufbaus demokratischer Institutionen und Strukturen ist. Angesichts des Aufschwungs und der breit gefächerten Aktivitäten auf Seiten der Islamisten stellt sich die Frage, welche Transformation Tunesien bevorsteht und wie die zukünftige politische und gesellschaftliche Ordnung aussehen werden. Entscheidend hierfür wird nicht nur sein, wie stark die für ein pluralistisches, freiheitliches System eintretenden Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteure sind, sondern auch, wie kooperativ und komplementär sich das Zusammenspiel islamistischer Organisationen gestaltet.⁶

⁵ Asiem El Difraoui stellte jüngst die These auf, dass die Teilnahme am politischen Prozess den Salafismus derart verändert und die Kerndoktrin der Salafisten durch die politischen Zwänge so unterhöhlt wird, dass „ein dauerhafter kritischer Dialog“ bei einigen politisierten Salafisten zur Änderung von Positionen führen könnte. Er meint, dies könne auch für solche Positionen gelten, „die für westliche Demokraten kaum tolerierbar sind“ wie z. B. jene zu den Rechten von Frauen und religiösen Minderheiten. El Difraoui legt deswegen explizit den deutschen Parteistiftungen einen solchen Dialog nahe (vgl. El Difraoui, Asiem: Politisierter Salafismus in Ägypten, SWP-Aktuell, 61, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2012, hier: S. 4). Diese These und Schlussfolgerungen teilen die Autoren der Kurzanalyse nicht. Die Ennahda-Führung ist zudem ein anschauliches Gegenbeispiel für die Annahme, es bestünde überhaupt die Bereitschaft zu einer Positionsänderung. Es besteht lediglich die hohe Bereitschaft, einen doppelten Diskurs zu perfektionieren und die Strategien zum Ziel flexibler und vielfältiger zu gestalten, was sich auch bei verschiedenen tunesischen salafistischen Parteien und Vereinigungen zeigt.

⁶ Die Wuqûf-Kurzanalyse befasst sich mit einem spezifischen Aspekt der jüngsten Entwicklungen in Tunesien. Für Details sei auf die im Rahmen der Deutsch-tunesischen Transformationspartnerschaft von der Konrad-Adenauer-Stiftung im Oktober 2012 veröffentlichte Studie „Islamische Akteure in Nordafrika“ verwiesen: Vgl. Faath, Sigrîd (Hrsg.): Islamische Akteure in Nordafrika, Sankt Augustin/Berlin 2012, dort insbesondere den Beitrag von Dirk Axtmann: Tunesiens Islamisten nach dem Sturz Ben Alis: Zwischen moderater Rhetorik und radikalen Positionen.

Für die Wuqûf-Kurzanalyse wurden die tunesischen Medien, die Analysen tunesischer Wissenschaftler, die Interviews mit und die Selbstdarstellungen von tunesischen Islamisten,

Die Kurzanalyse richtet sich deshalb auch an deutsche politische Entscheidungsträger und Institutionen sowie entwicklungspolitisch engagierte Einrichtungen. Die Förderung gesamtgesellschaftlicher Entwicklung und die Förderung von Freiheit und pluralistischer Mitbestimmung ist ein Anliegen deutscher Außen- und Entwicklungszusammenarbeit, das Politiker oft betonen. Insofern ist das Wissen über die innergesellschaftlichen Entwicklungen und mobilisierungsfähigen Akteure in den Kooperationsstaaten von Bedeutung, um konsistent mit den eigenen Zielen reagieren zu können und nicht zum Komplizen einer Regierung zu werden, die ihren internationalen, vertraglich eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte und Freiheiten nicht nachkommt, sondern sie unterläuft und zudem die neuerliche Konsolidierung von autoritären und klientelistischen Praktiken auf Kosten gesamtgesellschaftlicher Entwicklungskonzepte betreibt.

2. Die tunesischen Salafisten

Salafisten, die sich auf die idealisierte Frühzeit des Islam (7./8. Jahrhundert) beziehen, verfechten eine strikte und wörtliche Auslegung des Koran und der Überlieferungen des Propheten (Hadith). Der Salafismus ist eine Variante des islamischen Fundamentalismus (Islamismus); deshalb gibt es Schnittmengen zu anderen islamistischen Organisationen, selbst wenn diese eine im Vergleich weichere, liberal-reformerische Auslegung des Islam propagieren.⁷ Salafisten führen sich derzeit als Wächter über Sitte und Moral der tunesischen Gesellschaft und eine islamkonforme Lebensweise auf. Eine ihrer zentralen Forderungen ist die Einführung der Scharia⁸ als Grundlage der Gesetzgebung in der neuen tunesischen Verfassung und die Scharia-Konformität aller Gesetze, eine Voraussetzung für die von ihnen angestrebte Islamisierung von Staat und Gesellschaft gemäß der „wahren Lehre“.

die vor allem im Internet verbreitet werden, ausgewertet. Auf eine ausführliche Liste salafistischer Übergriffe sowie auf einen detaillierten Anmerkungsapparat wurde verzichtet. Zu allen Aspekten liegen den Autoren der Wuqûf-Kurzanalyse jedoch entsprechende Nachweise/Belege vor.

⁷ Vgl. ausführlich Flores, Alexander: *Zivilisation oder Barbarei? Der Islam im historischen Kontext*, Berlin 2011, S. 132–153.

⁸ Diese Forderung deckt sich mit der Forderung der Befreiungspartei und den Wünschen Ennahdas, deren Führung nach Protesten aus der Bevölkerung auf einer expliziten Nennung der Scharia als Grundlage der Gesetzgebung nicht mehr bestand, aber klar stellte, dass Artikel 1 Auslegungssache derjenigen sei, die sich an der Macht befinden. Artikel 1 der Verfassung von 1959 besagt: Tunesien ist ein freier, unabhängiger und souveräner Staat, „seine Religion ist der Islam, seine Sprache Arabisch und seine Staatsform die Republik“.

Wenn Tunesiens Salafisten auch erst seit 2011 zunehmend Gegenstand der nationalen und internationalen Medienberichterstattung sind, weil sich ihre offenen Übergriffe auf Andersdenkende, die medienwirksamen Inszenierungen⁹ und die aggressive Rhetorik häuften, sind die Vereinigungen, die den bewaffneten Kampf und politische Opposition gegen die Regierung ablehnten, seit Jahren an der gesellschaftlichen Basis aktiv. In den 2000er Jahren machte lediglich eine Minderheit, die zum Kampf gegen das Regime aufrief und sich zu *Al-Qaida* bzw. *Al-Qaida im Islamischen Maghreb* bekannte, sporadisch von sich reden.

Es war die Islamische Revolution in Iran von 1979, die den Salafisten wie allen anderen fundamentalistischen islamistischen Gruppen in Tunesien Auftrieb gab. Ein Teil dieser Gruppen – darunter auch die Vorläuferorganisation der Ennahda-Partei, die *Bewegung Islamische Tendenz* – opponierte gegen das religiös-liberale, säkulare Regime, das seit der Unabhängigkeit Tunesiens alle religiösen Einrichtungen, deren Personal und den Religionsunterricht unter staatliche Aufsicht gestellt hatte. Parallel zu dem angestrebten Weg durch die Institutionen an die Macht bereitete sich ein Zweig der *Bewegung Islamische Tendenz* auf den bewaffneten Kampf (Jihad) vor und verübte in den 1980er Jahren auch einzelne Gewaltakte.

Lediglich islamistische Organisationen, die offen gegen die Staatsführung auftraten wie

- die *Bewegung Islamische Tendenz/Ennahda*, die nach ihrer Gründung 1979/80 bisher zweimal versuchte, mittels Gewalt die politischen Entwicklungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen (1987, 1991/92),
- die 1985 gegründete Gruppe *Islamischer Jihad* und
- jene salafistischen Gruppen, die unter dem Einfluss *Al-Qaidas* in den 2000er Jahren den bewaffneten Kampf gegen das Regime propagierten und vereinzelte Anschläge¹⁰ ausführten,

wurden staatlicherseits verfolgt. Alle anderen konnten ihre Islaminterpretation in Tunesien verbreiten, obwohl diese im Gegensatz zum offiziell propagierten Islam liberaler Tendenz stand. Diesen Freiraum nutzten jene Tunesier, die von der saudischen Variante des salafistischen Islam, dem Wahhabismus, beeinflusst waren. Sie kamen zum Teil von Studienaufenthalten in Saudi-Arabien zurück

⁹ Wie das Auftreten mit der schwarzen Flagge, die Vollverschleierung bei Frauen oder bei vielen männlichen Anhängern das Tragen von Bart und Langhemd.

¹⁰ Wie 2002 auf die Synagoge in Ghriba auf der Insel Djerba. 2007 wurde die sogenannte Gruppe von Soliman ausgehoben, eine Gruppe junger, salafistisch-jihadistisch geprägter Tunesier, die im Irak gekämpft hatten, sich zu *Al-Qaida* bekannten und in Tunesien den bewaffneten Kampf gegen das Regime aufnehmen wollten.

oder wurden durch wahhabitische Prediger geprägt, die über Satellitenfernsehen ihre Anhängerschaft vergrößerten. Die Rückkehr von Tunesiern mit Verbindung zu *Al-Qaida* aus Afghanistan¹¹ nach dem 11. September 2001 und aus dem Irak ab Mitte der 2000er Jahre, wo sie nicht nur in salafistischem Gedankengut, sondern auch im Kampf geschult worden waren, unterstützten diesen Trend zu einer rigiden Islamauslegung und zur Abgrenzung und Ablehnung vom sogenannten Westen, westlichen Werten und Ordnungsvorstellungen.

2.1. Organisationen und Persönlichkeiten

Nach dem Machtwechsel vom 14. Januar 2011 und der generellen Aufhebung von Restriktionen für politische und gesellschaftliche Betätigung traten die bisher bereits aktiven und die neu gegründete Organisationen, Vereinigungen und Persönlichkeiten an die Öffentlichkeit. Sie nutzen zudem intensiv die neue Kommunikationstechnologie zur Verbreitung ihrer Ideen. Ennahda, deren Gründer (wie Rachid Ghannouchi, Sadok Chourou) sowohl von der ägyptischen Muslimbruderschaft als auch von der salafistischen Denktradition geprägt sind, wurde bereits Anfang März 2011 als erste islamistische Partei legalisiert.

Salafistische Vereinigungen und Parteien sowie die Befreiungspartei wurden erst unter der Ennahda-dominierten Regierung 2012 zugelassen. Das Kriterium für die Zulassung und Duldung ist dabei weder das Bekenntnis zur Republik Tunesien noch die explizite Ablehnung von Gewalt oder ein gewaltfreier Diskurs. Zwar wird die Gewaltstrategie von salafistisch-jihadistischen Gruppen, die mit *Al-Qaida im Islamischen Maghreb* zusammenarbeiten und terroristische Aktionen gegen den Staat planen, von der aktuellen Regierung verurteilt und diese Gruppen von den Sicherheitskräften verfolgt, aber zur Gewalt aufrufende Prediger und Führer sowie Mitglieder salafistischer Vereinigungen, die für Gewaltakte gegen Andersdenkende oder staatliche Symbole verantwortlich zeichnen, werden nicht zur Rechenschaft gezogen.

Das salafistische Spektrum Tunesiens umfasst zahlreiche Vereinigungen und Parteien.¹² Nicht alle salafistische Vereinigungen streben eine Legalisierung seitens des Innenministeriums oder die Bildung einer Partei an; ihr Argument: ein

¹¹ Wie z. B. der Führer der Gemeinschaft der Anhänger der Scharia, Seifallah Ben Hassine (alias Abou Iyadh), der Ende der 1980er Jahre dem bewaffneten Arm der Ennahda angehörte und in den 1990er Jahren nach Afghanistan ging, um dort auf Seiten *Al-Qaidas* zu kämpfen.

¹² Vgl. hierzu die Detailangaben in: Axtmann, a.a.O. (Anm. 6), S. 131 ff. und ebenda, S. 289 (Anhang 2: Kurzprofile islamischer und islamistischer Akteure, Tunesien).

solcher Schritt sei gleichbedeutend mit der Anerkennung der herrschenden Ordnung, die in ihren Augen nicht wahrhaft „islamisch“ ist.

Die Strategien der Salafisten unterscheiden sich dementsprechend (s. u.); ein Strategiewechsel ist bei ihnen allerdings auch nicht kategorisch ausgeschlossen. Dies gilt ebenfalls für die Strategie des Gewalteinsatzes bzw. der Gewaltlosigkeit und – daran sei an dieser Stelle erinnert – dies galt in den 1980er und 1990er Jahren auch für Ennahda und deren salafistische Fraktion.

Ein Beispiel für die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit des Mitteleinsatzes an veränderte Umfeldbedingungen ist die Gruppe *Gemeinschaft der Ansar al-Shari`a* (Anhänger der Scharia), deren Führer, Seifallah Ben Hassine (Abou Iyadh), nach Al-Qaida-Vorbild in den 1990er Jahren bis zu seiner Inhaftierung 2003 den bewaffneten Kampf predigte und aktiv vorbereitete. Nach dem politischen Umbruch in Tunesien 2011 wurden er und über Tausend weitere Salafisten, darunter Mitglieder bewaffneter Gruppen, die in Tunesien terroristische Anschläge ausgeübt hatten, freigelassen. Die Strategie des bewaffneten Kampfes bzw. der terroristischen Aktion wurde unter den neuen Bedingungen und im Einklang mit angeblichen Direktiven Usama Ibn Ladins¹³ vor dessen Tod im Mai 2011 abgelöst durch eine Strategie, die auf Überzeugung setzt. Anhänger sollen durch Predigt (Mission/Da`wa) überzeugt werden, ganz im Stil der sogenannten Da`wa-Salafisten.

Durch diese lokale Überzeugungsarbeit will sich die Vereinigung breit in der Bevölkerung verankern, nachdem die terroristischen Aktionen der Vergangenheit selbst bei Vielen, die dem islamistischen Gedankengut gegenüber aufgeschlossen sind, auf Ablehnung stoßen und es so zu einer Isolierung *Al-Qaidas* und der ihr nahestehenden Gruppen kam. Die Strategieanpassung der *Vereinigung Ansar al-Shari`a* soll die Chancen für die Umsetzung des islamistischen Staats- und Gesellschaftskonzeptes optimieren.

Die Strategieanpassung ist jedoch keine generelle Absage an Gewalt; sie bedeutet auch nicht, dass die Vereinigung bei ihrer Überzeugungsarbeit keine Gewalt ein-

¹³ Vgl. hierzu das aufschlussreiche Interview mit dem marokkanischen Politikwissenschaftler Abdellah Rami vom *Centre Marocain des Sciences Sociales* in Casablanca, in: Magharebia, 5.10.2012 (Progression d'Ansar al-Sharia face au recul d'al-Qaida). Rami forscht zu salafistischen Gruppen mit Bezug zu *Al-Qaida* bzw. zu Salafisten, die in der Tradition *Al-Qaidas* stehen. Hierzu zählen die unter dem Namen *Ansar al-Shari`a* besonders im Jemen, in Tunesien und in Libyen aktiven Organisationen. Sie sind heute, so Rami, „das ideologische Gesicht, das menschliche Reservoir und der Geldgeber des bewaffneten Armes von Al-Qaida“. Sie teilen mit *Al-Qaida* die Ideologie (Religionsinterpretation), wenngleich es keine direkten organisatorischen Verbindungen geben soll, und die Vorstellungen von der erstrebenswerten politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Ihr Ziel ist ein Kalifat und die Herrschaft des religiösen Rechts, das sie rigide fundamentalistisch auslegen.

setzt. Weil eine Umerziehung der Bevölkerung in Sachen Sitte und Moral gemäß der salafistischen Religionsauslegung erfolgen soll, wird von der *Vereinigung Ansar al-Shari`a* in Tunesien eine eigene Sittenpolizei (Religionspolizei) gefordert. Zwischenzeitlich üben Mitglieder eine solche Funktion lokal aus, um Sitte und Moral zu schützen, das Unmoralische präventiv zu bekämpfen und Vergehen aufzudecken und zu verfolgen. Gewalt spielt bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe eine zentrale Rolle: So werden zur Verhinderung weiterer Vergehen gegen Sitte und Moral z. B. Verkaufs- oder Ausschankstellen für Alkohol (wie zuletzt Ende Oktober 2012 in einem Vorort von Tunis), Videoverkaufsstellen, sofern es sich nicht um solche religiösen Inhalts handelt, in Brand gesetzt oder verwüstet. Ähnliches ereignete sich mehrfach bei kulturellen Veranstaltungen (Kunstaussstellung, Musikaufführung), wo diese Trupps der *Ansar al-Shari`a* Gewalt gegen Einzelne und Sachen ausübten, um die Veranstaltungen zu verhindern. Bei der Durchsetzung der Geschlechtertrennung in der Öffentlichkeit wird immer wieder Gewalt angewendet; an den Universitäten kommt es zu gewaltsamen Konfrontationen, wenn der Abbruch von Lehrveranstaltungen erzwungen wird, weil von der Universitätsverwaltung das Tragen des Vollschleiers nicht zugelassen wird, keine Geschlechtertrennung praktiziert wird oder der Lehrinhalt vermeintlich gegen die Religion und die Bestimmungen der Scharia verstößt.

Fundamentalistische Vertreter des Islam in bislang staatlichen Einrichtungen wie der religiösen *Hochschule und Moschee Zitouna* in Tunis vereinnahmten diese Einrichtung ohne auf nennenswerten Widerstand der Regierung zu stoßen. Sie pochen seit 2011 auf die Unabhängigkeit der Einrichtung; ein Beispiel, das starke Medienaufmerksamkeit auf sich zog, ist das entsprechende Agieren des den Salafisten nahestehenden Imams der Zitouna-Moschee Houcine Laabidi. Direktiven des Religionsministeriums, dem die Moschee eigentlich untersteht, weist er zurück. Seine Strategie ähnelt derjenigen der sogenannten Da`wa-Salafisten (s. u.).

Die salafistischen Vereinigungen und Parteien sind – wie Ennahda – zentralistisch geführt. Viele Führungspersönlichkeiten erreichen ihre Anhänger bzw. werben neue über die Predigten in „ihren“ Moscheen sowie über Youtube und Facebook.

Die genaue Anzahl der aktiven Mitglieder dieser salafistisch-orientierten Parteien und Vereinigungen ist nicht bekannt. Die Mitglieder allein der salafistisch-jihadistischen Vereinigungen schätzt der tunesische Islamismusexperte Allaya Allani auf 7.000 bis 9.000; Staatspräsident Marzouki sprach im Oktober 2012 von 3.000 salafistisch-jihadistischen Extremisten, von denen diejenigen, die im terroristischen Kampf auf Seiten *Al-Qaidas im Islamischen Maghreb* engagiert sind,

ein „Bruchteil“ davon seien; was unter Bruchteil zu verstehen ist, klärte er nicht.¹⁴ Wie die Zahlenangaben jeweils zustande kamen ist ebenfalls nicht bekannt.

Vereinigungen

Die genaue Anzahl der salafistischen Vereinigungen und der Prediger, die eine ähnliche Religionsinterpretation verbreiten, ist ebenfalls nicht bekannt; nach offiziellen Angaben des Religionsministeriums sind um 500 Moscheen (von insgesamt 4.000) eigenmächtig von salafistischen Predigern übernommen worden. Die Vereinigungen können seit 2011 offen und ungehindert landesweit aktiv sein. Einige gründeten sich neu wie z. B. die *Vereinigung Haus des Friedens für wohl-tätige Zwecke und Scharia-Studien* (Führer: Selim Ben Yakhlef); die *Vereinigung für Sensibilisierung und Reform* (Führer: Adel El-Almi) oder die *Vereinigung Gemeinschaft der Anhänger der Scharia* (Ansar al-Shari`a) unter ihrem Führer Seifallah Ben Hassine (alias Abou Iyadh). Andere wie der tunesische Zweig der *Vereinigung für Mission und Weitergabe des Wissens* ist seit 1980 missionierend tätig. Der Zusammenschluss von über einhundert Vereinigungen in der *Tunesischen Front Islamischer Vereinigungen*, belegt die Aktionsbereitschaft der salafistisch-orientierten Zivilgesellschaft. Der Zusammenschluss wird präsi-diert von Scheich Mokhtar Jebali und trat im März 2012 erstmals als landesweites Aktionsbündnis auf, um für die Verankerung der Scharia als Rechtsgrundlage Tunesiens in der neuen Verfassung zu demonstrieren.

Parteien

Bis Ende Oktober 2012 wurden in Tunesien drei eindeutig salafistische Parteien zugelassen: Im März die *Jabhat al-Islah* (Reformfront), im Juli die *Partei al-Rahma* (Barmherzigkeit) und im September die *Partei al-Rafah* (Wohlfahrt). Die am 17. Juli 2012 legalisierte *Befreiungspartei* (Hizb al-Tahrir), die ähnlich radikale Ansichten vertritt, zählt sich selbst nicht zum salafistischen Spektrum, unterstützt jedoch seit 2011 Salafisten bei Protestaktionen. Diese Parteien müssen ihr Mobilisierungspotential bei Wahlen erst noch unter Beweis stellen; über ihren politischen Einfluss kann deswegen momentan keine Aussage getroffen werden, zumal Ennahda ebenfalls salafistisch orientierte Wähler bindet.

¹⁴ Die Angaben der Regierungsmitglieder sind widersprüchlich und ungenau. So behauptete der tunesische Tourismusminister Elyes Fakhfakh bei seinem Besuch in Frankreich im Juni 2012, es gäbe 12.000 Salafisten, von denen 1.200 gewalttätig seien.

2.2. Ziele und Strategiewahl

Wie alle islamistischen Organisationen propagieren die islamistisch-salafistischen Organisationen ihre Religionsauslegung und die von ihnen angestrebte politische und gesellschaftliche Ordnung als Korrektiv zur herrschenden Ordnung, die in ihrer Interpretation von den religiösen Vorschriften abwich und als „unislamisch“ gilt.

Dem religiösen Recht, der Scharia, kommt als Grundlage dieser angestrebten Ordnung zur Regelung des Kults und der zwischenmenschlichen Beziehungen eine herausragende Rolle zu. Die Mehrzahl der tunesischen Salafisten ist von den Lehren wahhabitischer Prediger beeinflusst, die strikte Verhaltensvorschriften propagieren.

Die Fixierung auf Sitte und Moral, Formalien des Kults und des äußeren Erscheinungsbildes, die Indoktrinierung eines rigiden, religiös begründeten Moralkodex, Geschlechter- und Feindbildes, das Denken in bipolaren Kategorien (islamisch/unislamisch, verboten/erlaubt, wahr/unwahr) ist bei Salafisten extrem ausgeprägt. Sie stehen offener dazu und propagieren ihre Vorstellungen auch offener als andere islamistische Organisationen. Das Streben nach einem Kalifatsstaat als einer religionsbasierten, religiös legitimierten neuen Ordnung, nach der Einheit von Religion und Politik/Staat, um so das fundamentalistische Religionsverständnis umzusetzen, ist sowohl Salafisten als auch Ennahda eigen. Detaillierte Ausführungen zur praktischen Ausformung der angestrebten neuen Ordnung machen Islamisten in der Regel nicht. Da alle jedoch überzeugt sind, die einzig wahre Auslegung der Religion zu vertreten, leiten sie einen Monopolanspruch zur Gestaltung von Politik und Gesellschaft auf der Basis ihrer Interpretation des religiösen Rechts ab. Nicht das Individuum und dessen freie Entfaltung im Staat sollen staatlicherseits gesichert werden, sondern der Staat sichert die Umsetzung der von religiösem Recht geprägten politischen und gesellschaftlichen Ordnung.

Die Rigidität, mit der moralisch-sittliche Normen durchgesetzt werden sollen, religiöses Recht in der Praxis ausgelegt wird oder die Durchsetzung der eigenen Vorstellungen in Staat und Gesellschaft vorangetrieben werden soll, unterscheidet die islamistischen Organisationen als solche und innerhalb des salafistischen Spektrums wiederum die einzelnen Gruppen und Organisationen.

Salafisten werden in der Regel von tunesischen wie auch europäischen Wissenschaftlern nach ihrer Strategiewahl unterschieden in:

- **Da`wa-Salafisten**, die grundsätzlich eine politische Betätigung ablehnen, wenn diese nicht auf ihren Grundsätzen beruht und somit aus ihrer Sicht unislamisch ist. Ihre Hauptstrategie ist die gesellschaftliche Umerziehung durch Predigen/Missionierung (Da`wa), um die Bedingungen für die Errichtung eines islamischen Staates nach ihren Vorstellungen zu schaffen. Sie propagieren nicht den bewaffneten Kampf zur Umsetzung ihrer Vorstellungen. Allerdings spielen sozialer Druck und Zwang bei dieser Überzeugungsarbeit eine Rolle.
- **Politische Salafisten**, die sich als Partei konstituieren und am politischen Prozess in den bestehenden Ordnungen teilnehmen und sich in diesem Rahmen auch an Wahlen beteiligen.
- **Jihadistische Salafisten**, die zum bewaffneten Kampf gegen das Regime, allgemein die „Feinde des Islam“ (womit all diejenigen gemeint sind, die nicht ihre Islaminterpretation und Ziele mittragen) oder insbesondere gegen „den Westen“ und Juden aufrufen. Einige dieser jihadistischen Salafisten sind direkt in den bewaffneten Kampf involviert und stehen *Al-Qaida im Islamischen Maghreb* nah oder verstehen sich als Teil der Organisation.

Diese Unterscheidung ist in mehrfacher Hinsicht irreführend:

- **Da`wa-Salafisten** werden zu unrecht als apolitisch bezeichnet, nur weil sie keine Parteienbildung anstreben oder diese sogar vehement ablehnen, weil sie nicht als politische Opposition auftreten oder zu Aktionen gegen das bestehende Regime aufrufen. Salafisten und somit auch Da`wa-Salafisten sind wie alle Islamisten immer politisch aktiv, weil für sie die Einheit von Politik und Religion gilt und sie lediglich mit verschiedenen Mitteln und Wegen den grundlegenden Umbau der politischen und gesellschaftlichen Ordnung anstreben.
- **Politische Salafisten** sind durch ihre Parteibildung nicht grundsätzlich zur Gewaltlosigkeit bekehrt; mit dem Schritt zum Weg durch die Institutionen ist keine Trennung zwischen Politik und Religion verbunden; der Islam salafistischer Auslegung ist ziel- und handlungsleitend und dient zur Legitimation des Handelns.
- Auch unter den **jihadistischen Salafisten** sind Gruppen, die ihre Strategie ändern und zeitweise den bewaffneten Kampf zurückstellen. Nicht alle Ver-

einigungen, die jihadistisches Gedankengut verbreiten, sind direkt in den bewaffneten Kampf involviert.

Mit anderen Worten:

- Die Unterscheidung in Da`wa-, politische und jihadistische Salafisten ist nur als grobe Unterscheidung dienlich, wenn auf die hauptsächlich zum Einsatz kommenden Mittel und das Verhalten gegenüber der Regierung oder ihre Rolle im Rahmen des bestehenden politischen Systems hingewiesen werden soll.
- Die Übergänge zwischen Da`wa-, politischen und jihadistischen Salafisten sind fließend; es gibt keine eindeutigen Abgrenzungen.
- Die Verbindungen zwischen den salafistischen Gruppen sind ausgeprägt.
- Das Verhältnis zur Gewalt bei den verschiedenen Gruppen variiert und ist ebenso wie die Strategie mit den äußeren Bedingungen veränderbar. Klare Abgrenzungen sind nicht möglich. Die o. g. Unterscheidung weist somit nur auf die Hauptstrategie einer salafistischen Organisation hin, die zu einem konkreten Zeitpunkt verfolgt wird; mehr Aussagekraft hat sie nicht.
- Es gibt Verbindungen zwischen Salafisten und islamistischen Organisationen, die wie die *Befreiungspartei* ähnliche Positionen vertreten; islamistische Organisationen unterstützen sich gegenseitig bei Protestaktionen bzw. Demonstrationen.
- Die Ennahda-Partei hat verschiedene Fraktionen; die salafistische Fraktion Ennahdas ist – wie sich auf dem Ennahda-Parteitag 2012 zeigte – stark.

3. Die Aktivitäten zur Verankerung

Um ihre Religionsinterpretation zu verankern und eine auf ihr gründende Ordnung für Staat und Gesellschaft zu propagieren, setzen die salafistischen Parteien, Vereinigungen und Gruppen in Tunesien Mittel ein, die sowohl lang- als auch kurzfristig wirken, die unterschiedlichen Zwecken dienen, aber auf ein Ziel gerichtet sind, nämlich die Bedingungen für den „wahren“ islamischen Staat ihrer Vorstellung herbeizuführen. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen deswegen Maßnahmen,

- um die Gesellschaft so zu beeinflussen und zu formen, dass sie die salafistische Interpretation des Islam annimmt;

- um Anhänger und Aktivisten zu werben und organisatorisch einzubinden;
- um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, wobei diese Einflussnahme auf verschiedenen Wegen erfolgt; sie umfasst sowohl das Mitwirken in den Institutionen des Staates, die Organisation von Demonstrationen, um Druck auf die Regierung auszuüben, und – bei einer kleinen Gruppe – die Propagierung des bewaffneten Kampfes.

3.1. Langfristig wirksame pädagogische Maßnahmen

Der Wille der tunesischen Salafisten, die Bevölkerung nach ihren Vorstellungen zu formen, manifestiert sich seit der zweiten Jahreshälfte 2011 deutlich. Nachhaltig dürfte sich dabei ihre Strategie auswirken, ihre Lehre durch Basisarbeit an Koranschulen, Moscheen, Universitäten zu verbreiten und sich dabei auch speziell auf Kinder und Heranwachsende zu konzentrieren. Salafisten weiten zudem ihren Einfluss auf religiöse Ausbildungseinrichtungen aus. Die von dem salafistischen Prediger Béchir Belhassen, dem Vizepräsidenten der tunesischen *Liga der Koran-gelehrten und Prediger*, initiierte Ausbildung von Lehrern, die in Scharia-Wissenschaften geschult werden sollen, ist nur eine Initiative dieser Art. Der Ansatz, Lehrkräfte auszubilden und für alle Altersgruppen Einrichtungen zu gründen, an denen die salafistische Religions- und Weltanschauung, die Sitten- und Moralvorstellungen und Verhaltensvorschriften verbreitet werden, konsolidierte sich 2012.¹⁵

Die salafistischen Lehr- und Unterweisungsaktivitäten kommen allen Islamisten zugute. Selbst wenn die einzelnen Organisationen und Richtungen miteinander um Anhänger konkurrieren wie Ennahda, die Befreiungspartei und salafistische Organisationen, so stehen sie doch alle für eine fundamentalistische Religionsinterpretation und sind durchaus zur gegenseitigen Unterstützung bereit wie u. a. auch die Absprache zwischen Ennahda, Salafisten und der Befreiungspartei zur gemeinsamen Nutzung von Moscheen belegt. Bei einer islamistisch-dominierten Regierung ist deswegen nicht zu erwarten, dass diese Aktivitäten salafistischer Gruppen eingeschränkt werden und eine religionsneutrale Bildungspolitik gefördert wird.

Ähnliches gilt für die Zitouna-Universität und Moschee, in der islamistische, den Salafisten nahestehende Imame die Kontrolle übernehmen und inhaltlich Einfluss nehmen. Der Imam der Zitouna-Moschee, Scheich Houcine Laabidi, steht für diese Umorientierung. Die Zitouna-Universität, bis zum politischen Umbruch 2011 unter staatlicher Kontrolle und dem Bildungsministerium unterstellt, ver-

¹⁵ Vgl. Le Temps, Tunis, 26.9.2012 (Université Imam Malek pour les sciences charaiques).

steht sich jetzt wie die Zitouna-Moschee als autonome Einrichtung, die alle Lehrinhalte ihrer Bildungseinrichtungen selbst bestimmt. Neben der Universität hat der massive Auf- und Ausbau von Kindergärten („auf Schariagrundlage“), Koranschulen, Grundschulen und Sekundarschulen begonnen, deren Lehrpersonal die fundamentalistischen Positionen verbreiten wird.

Für alle Einrichtungen und Organisationen gehört die umfassende Moralisierung und Anleitung zum „rechten“ Verhalten (im islamistischen/salafistischen Sinn) mit zur Erziehungsaufgabe. Vereinigungen der Da`wa-Salafisten (s. o.) sind in ganz besonderem Maße in diesem Bereich aktiv. Sie führten u. a. im Fastenmonat Ramadan zahlreiche Sitten- und Moralisierungskampagnen durch.

Die salafistischen Vereinigungen sind ebenfalls besonders aktiv dabei, die „islamische Identität“ Tunesiens zu stärken; formale Aspekte spielen hierbei für Salafisten eine besonders große Rolle: Sie wollen ein spezifisches äußeres Erscheinungsbild bzw. eine Kleiderordnung (bei Frauen: Verschleierung, vorzugsweise Vollverschleierung) durchsetzen; sie treten vehement für die Umsetzung der Geschlechtertrennung an Schulen, Universitäten, im öffentlichen Raum generell ein; sie wachen über die Einhaltung des Fastengebets, über das Kulturschaffen und kulturelle Angebot. Nur die von ihnen unter religiösen Gesichtspunkten als „erlaubt“ definierten kulturellen Veranstaltungen und Produkte sollen verbreitet werden, alles andere wird bekämpft (ggf. wird – wie 2012 mehrfach erfolgt – mit Gewalt gegen die Durchführung/Ausstellung vorgegangen). Es findet eine Konzentration auf religiöse Manifestationen (Freitagsgebet), religiöse Rundfunksender statt; vermehrt kommt es zur Forderung, den Freitag zum wöchentlichen Feiertag zu erklären (so ein neuerlicher Vorstoß von Béchir Belhassen im Gespräch mit Staatspräsident Marzouki im September 2012).

Das Gravitationszentrum des einzelnen Bürgers im Staat soll die Religion bzw. die Manifestation von Religion (fundamentalistischer) Auslegung sein. In diesem Zusammenhang sind seit Ende 2011 Mitglieder salafistischen Vereinigungen auch als eine Art Sittenwächter (z. B. an den Universitäten) aktiv geworden; auf salafistischer Seite wurden Forderungen nach einer Religionspolizei (wie in Saudi-Arabien) gestellt. Besonders hervorgetan hat sich in dieser Hinsicht die *Vereinigung für Sensibilisierung und Reform*, geführt von Adel El-Almi. Die Vereinigung ist ein Beispiel unter anderen für die wenig zutreffende pauschale Definition von Da`wa-Salafisten als gewaltlos.

Bei den Maßnahmen der Vereinigung zur Durchsetzung ihrer Moralisierungsvorstellungen u. a. an den Universitäten (wie z. B. an der Universität von Tunis-Manouba) trat sie milizmäßig auf und setzte Gewalt ein. Desgleichen bei Aktio-

nen gegen Alkoholverkaufsstellen. Bei solchen Moralisierungskaktionen oder bei Demonstrationen zur Einführung der Scharia in die Verfassung wurden salafistische Vereinigungen (der Da`wa- und der salafistisch-jihadistischen Tendenz) von den salafistischen Parteien, aber auch von Mitgliedern der Befreiungspartei und der Ennahda unterstützt. Adel El-Almis Vereinigung, die Missionsarbeit in den Gefängnissen leisten will (sie soll diese nach Meldungen von Ende September 2012 „demnächst“ aufnehmen), wird in ihren Anliegen auch von der neuen Zitouna-Führung unterstützt.

3.2. Anhänger mobilisierende und organisationsstärkende Maßnahmen

Etliche Maßnahmen dienen der Anbindung und Neugewinnung von jungen Aktivisten. Hierzu zählen die ziemlich regelmäßig durchgeführten öffentlichen Auftritte und vor allem die Proteste, die Stärke und Mobilisierungskraft demonstrieren. Regelmäßig werden die eigenen Forderungen und Positionen in der breiten Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht und durch militantes Auftreten und aggressive Diskurse unterstrichen. Ziel ist es, so den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu erhöhen, einigen Forderungen nachzukommen. Die Organisation möglichst großer oder möglichst mehrerer, zeitgleich stattfindender Demonstrationen soll einerseits einschüchtern; sie bedienen jedoch andererseits auch das Handlungsbedürfnis der zahlreichen jungen Mitglieder und Anhänger. Sie schweißen diese zusammen und sind ein Ventil zum Ablassen von Frust mit der realen Situation, denn sowohl die Umsetzung des Ziels (islamischer Staat) also auch die Verbesserung der sozialen und beruflichen Situation der jungen Mitglieder lässt auf sich warten.

Die schwarze salafistische Flagge spielt bei diesen Protestaktionen und Demonstrationen eine symbolisch bedeutsame Rolle.¹⁶ Ein für die Anhänger und speziell für die Aktivisten unter ihnen weiterer wichtiger Aspekt, der mit den öffentlichen Auftritten bedient wird, ist ihr Beitrag zur Selbst- bzw. Gruppenidentifikation und zur Abgrenzung von all jenen, die – weil von der eigenen Religionsauslegung abweichend – als fehlgeleitet, ungläubig, als Feind der Religion/Gottes oder moralisch-sittlich verwerflich gelten.

In den tunesischen Medien und auf Youtube sind zahlreiche Fallbeispiele für solche Auftritte von Salafisten dokumentiert und nachzuverfolgen. Seit Monaten provozieren salafistische Studenten und Studentinnen (im schwarzen Vollschieleier)

¹⁶ Vgl. z. B. die Demonstrationen am 31.10.2012 in Manouba, einem Vorort von Tunis; Middle East Online, 31.10.2012 (Armed Islamists gather in insecure Tunis streets).

an den Universitäten, vor allem an der *Universität La Manouba* (Tunis), ständig Auseinandersetzungen. Es geht dabei um die Frage der Vollverschleierung und der Geschlechtertrennung in den Seminaren, um Lehrinhalte, die als nicht religionskonform gelten, oder um Lehrkräfte, die wegen ihrer nichtislamistischen Haltung abgelehnt werden. Selbst vor tätlichen Angriffen wurde nicht zurückgeschreckt, wenn Lehrkräfte in ihren Seminaren die Vollverschleierung nicht zulassen wollten.

Für einen Eklat bei tunesischen Kunstschaffenden und religiös Liberalen sorgten die Zerstörungen von Bildern in einer Kunstausstellung in La Marsa bei Tunis im Juni 2012. Salafistische Prediger hatten in ihrer Freitagspredigt zu Demonstrationen gegen die Ausstellung aufgerufen, weil die Bilder die Religion verunglimpfen würden. Dies ist kein Einzelphänomen. In diese Reihe gehört auch der Aufruf salafistischer Prediger am 14. September 2012 zu Protesten vor der US-amerikanischen Botschaft gegen einen in den USA produzierten, den Islam lächerlich machenden Films. Bei dieser Protestaktion, bei der es Tote und Verletzte unter den tunesischen Sicherheitskräften und Demonstranten gab, drangen Demonstranten auf das Botschaftsgelände vor; Fahrzeuge auf dem Gelände wurden in Brand gesetzt und es kam zum obligatorischen Hissen der schwarzen Flagge.

Zahlreiche Aktivitäten salafistischer Organisationen sollen das Gemeinschaftsgefühl stärken. So riefen einige im Ramadan 2012 zum gemeinsamen Feiern auf. Auf der Insel Djerba veranstalteten sie zum Ramadan ein Fest für junge Mädchen und Frauen, die zum Fasten bekehrt worden waren.

Religiöse Festtage und der Fastenmonat wurden auch zur Demonstration der Solidarität und Fürsorge in den ärmeren Stadtvierteln genutzt, wo Kampagnen für die Bedürftigen durchgeführt wurden. Die salafistisch-jihadistisch orientierte *Vereinigung Ansar al-Shari`a* war z. B. in dieser Form besonders aktiv und hatte auf den verteilten Lebensmittelpaketen werbewirksam ihr Logo aufgedruckt. Soziales Engagement dieser Art ist Teil der Aktivitäten aller salafistischen Organisationen; finanziert wird dieses Engagement zum Großteil aus Geldzuflüssen, die aus den Golfstaaten stammen.

Maßnahmen, mit denen die religiöse Verortung (Identität) und vor allem auch die Ablehnung säkularer, als „westlich“ definierte Werte und „westlicher“ Politik zum Ausdruck gebracht werden kann, helfen salafistischen Organisationen, ihren gesellschaftlichen Einfluss auszuweiten, Aktivisten zu binden und Mobilisierungskraft freizusetzen.

Bei einer genauen Betrachtung der bisherigen Aktionen von Salafisten und ihnen nahestehenden Persönlichkeiten zeigt sich, dass sie darauf abzielen, Masse, Präsenz, Stärke und Entschlossenheit zu demonstrieren. Der Einsatz von Gewalt durch einige Organisationen und die Aufrufe zur Gewalt gegen Personen, die vermeintlich die Religion verunglimpften, dient zudem der Einschüchterung der Andersdenkenden. Ein drastisches Beispiel hierfür ist der Aufruf von Scheich Houcine Laabidi, Imam der Zitouna-Moschee, in einer Freitagspredigt im Juni 2012 zur Tötung der Künstler, die in ihren in La Marsa bei Tunis ausgestellten Werken die Religion („das Heilige“) angriffen.¹⁷

Aggressiv und gegen Journalisten und die Medien gerichtet, die nicht die Ennahda- bzw. islamistische Positionen vertreten, sind u. a. auch die Predigten von Habib Ellouze. Ellouze, seit den 1980er Jahren in Ennahda bzw. ihrer Vorläuferorganisation engagiert und Vorsitzender der *Vereinigung Da`wa wal-Islah* (Mission/Predigt und Reform) ist seit 2011 Ennahda-Abgeordneter in der Verfassunggebenden Versammlung.

4. Ennahda-Komplizität und ein fehlendes Gegengewicht

Die nach dem Ennahda-Wahlsieg vom 23. Oktober 2011 im Dezember 2011 eingesetzte Koalitionsregierung, gebildet von Ennahda und den beiden kleinen Parteien *Congrès pour la République* (CPR; Partei Kongress für die Republik) und *Ettakatol* (Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheiten), gegründet von Oppositionellen des alten Regimes, die im Menschenrechtsbereich aktiv waren und dem linken Spektrum nahestanden, wird faktisch von Ennahda dominiert. Staatspräsident Marzouki (CPR) und Parlamentspräsident Ben Jaffar (Ettakatol), die über keine breite Gefolgschaft in der Gesellschaft verfügen, verdanken ihre hohen Funktionen dem Zugeständnis Ennahdas. Beide haben bis zur Stürmung des US-Botschaftsgeländes am 14. September 2012 durch salafistische Gruppen bei Gewaltakten von Islamisten meist geschwiegen oder sich nur zögerlich geäußert. Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen oder Angriffe auf staatliche Symbole wie die Nationalflagge verurteilten sie nur dann explizit, wenn diese in der breiteren Öffentlichkeit und den Medien für Empörung sorgten.

Prediger und sogar offiziell registrierte Vereinigungen des salafistisch-jihadistischen Spektrums wie die *Vereinigung Haus des Friedens* konnten 2012 ohne

¹⁷ Das Argument diente auch als Rechtfertigung für die Aufrufe zur Demonstration vor der US-amerikanischen Botschaft am 14.9.2012.

vehemente Proteste seitens des Staats- und Parlamentspräsidenten und ohne juristisch belangt zu werden zur Gewalt gegen Juden, Journalisten, Kulturschaffende und Andersdenkende aufrufen.

Die Eskalation der Gewalt am 14. September gegen die Botschaft der USA ließ allerdings keine Wahl: Staatspräsident Marzouki musste sich positionieren, desgleichen der Ennahda-Premierminister und die anderen Regierungsmitglieder. Festnahmen waren nicht zu umgehen. Der Ennahda-Innenminister verfügte die Festnahme von salafistischen Gewalttätern und Salafistenführern; einige aus dem zweiten Glied wurden auch verhaftet und angeklagt, dennoch kann nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass selbst im Falle der erstinstanzlichen Verurteilung zu einer Haftstrafe das Strafmaß nicht doch in der Berufung reduziert oder ausgesetzt wird. 2012 wurde in zahlreichen Fällen gegenüber Islamisten, die zur Gewalt aufriefen, und Islamisten, die Gewalt ausübten, eine große Toleranz geübt (u. a. auch bei Zwischenfällen an den Universitäten) und zahlreiche verhaftete Straftäter ohne Anklageerhebung wieder freigelassen. Ennahda-kritische Medienbeiträge gehen deswegen von der Komplizität des Innen- und Justizministeriums aus, die beide von Ennahda-Mitgliedern geführt werden. Der tunesische Islamismusexperte Alaya Allani meint zu Recht, die Ennahda-Führung will keinen Konflikt mit der salafistischen Strömung des islamistischen Spektrums, weil die Mehrheit der Ennahda-Mitglieder und ihrer Aktivisten in der Parteiorganisation wie auch den Vereinigungen den salafistischen Islam vertritt.

Wenn der Führer der salafistischen *Vereinigung Ansar al-Shari`a*, Seifallah Ben Hassine (Abou Iyadh) behauptet, er stehe in keinem Verhältnis zu Ennahda, heißt das ganz konkret: Er versteht sich als autonom gegenüber Ennahda; als Prediger und Führer einer Vereinigung ist er kein Teil Ennahdas und dementsprechend kann Ennahda-Präsident Ghannouchi ihm auch keine Weisungen geben. Die Aussage Ben Hassines ist nicht so zu verstehen, dass keine Kontakte zu Ennahda bestehen; ganz im Gegenteil, die Beziehungen zu Ennahda werden gepflegt.¹⁸ Die Aussage bedeutet auch nicht, dass die religiös-politische Basis und Zielsetzung grundsätzlich von derjenigen Ennahdas abweicht. Anderer Ansicht sind die Ennahda-Führung (Ghannouchi) und Seifallah Ben Hassine was die momentan

¹⁸ Es bestehen vielfältige Kontakte zwischen führenden Ennahda-Mitgliedern und Führern salafistischer Organisationen, die auch an deren Veranstaltungen teilnehmen. Der u. a. wegen seiner frauenfeindlichen Äußerungen umstrittene ägyptische Prediger Wajdi Ghoneim wurde z. B. bei seiner Predigttour durch Tunesien, zu denen salafistische Vereinigungen eingeladen hatten, von führenden Ennahda-Mitgliedern wie Habib Ellouze und Sadok Chourou begleitet.

adäquate Strategie anbelangt, um das Ziel zu erreichen und den Einfluss der Islamisten nicht zu gefährden.

Dieser Aspekt kommt deutlich in den im Oktober 2012 verbreiteten Videos zum Ausdruck, in denen Rachid Ghannouchi sich mit Salafisten über Strategien unterhält und u. a. zu mehr Geduld und einem schrittweisen Vorgehen mahnt, um die Realisierung des islamischen Staates nicht zu gefährden. Der tunesische Religionswissenschaftler Mohamed Talbi macht deswegen keinen Unterschied zwischen Ennahda und Salafisten.¹⁹

Wenn auch einzelne Ennahda-Minister die Gewaltaktionen salafistischer Gruppen und ihrer Unterstützer seit dem 14. September als kontraproduktiv und schädigend für die Beziehungen mit dem Ausland ansehen (wie Premierminister Jebali), die strikte Parteidisziplin, die von Parteipräsident Ghannouchi wahrgenommene Führerrolle in der Partei und – obwohl er kein politisches Amt ausübt – als oberster *politischer* Entscheider, wird dafür sorgen, dass die von ihm formulierte „Notwendigkeit der Einheit“ als Handlungsmaxime von den Regierungsmitgliedern akzeptiert wird.²⁰ In der Ennahda-Wochenzeitung *Al-Fajr* vom 28. September 2012 meinte Ghannouchi, Einheit sei das Gebot des Koran, alle Gläubige seien Brüder und müssten Hand in Hand gehen.

Die eingeforderte Gefolgschaftstreue wird mit größter Wahrscheinlichkeit siegen, weil innerhalb Ennahdas – trotz verschiedener Meinungen hinsichtlich der besten Strategie – dennoch Übereinstimmung herrscht, was die angestrebte Ordnung bzw. die Stellung der Religion in Staat und Gesellschaft und den Machtanspruch Ennahdas anbelangt. Insofern ist auch eine gelegentlich abweichende Position – wie die von Premierminister Jebali im Hinblick auf die negativen Auswirkungen der salafistischen Aktivitäten für die tunesischen Außenbeziehungen – kein Indikator für eine generell neue Linie der Partei gegenüber Salafisten oder eine Spaltung unter den führenden Parteimitgliedern. Die patriarchalische Sozialisierung und das Gefolgschaftsprinzip wird die Oberhand behalten, weil durchaus erkannt wird, dass diese Einheit politische Stärke bedeutet und alle derzeitigen Ennahda-Funktionsinhaber ihre Posten und Privilegien dieser zentralistischen Organisation und Führung verdanken.

¹⁹ Vgl. das Interview mit Mohamed Talbi in: *Jeune Afrique*, Paris, 28.10.2012, S. 50-53 (Tunisie. Mohamed Talbi. «Ennahdha est un cancer»).

²⁰ Die Selbsteinschätzung der Partei als quasi sakrale, unantastbare Organisation brachte der amtierende Religionsminister zum Ausdruck, als er nach einem Übergriff von Demonstranten auf ein Ennahda-Büro in Sidi Bouzid (aus Unzufriedenheit mit der sozialen Lage und Protest gegen ausbleibende Maßnahmen der Regierung) meinte, ein Übergriff auf ein Ennahda-Büro sei, als würde man eine Moschee angreifen (Achorououk/TAP, Tunis, 27.7.2012).

Eine breite, koordinierte und straff organisierte Gegenbewegung zu den Islamisten, in der Parteien, Vereinigungen und Persönlichkeiten politische Differenzen und persönliche Ambitionen zurückstellen, um für eine freiheitlichere und pluralistische Ordnung, die patriarchale Strukturen abbaut, den Einfluss der Religion auf die Politik reduziert und alle Bürger rechtlich gleichstellt, einzutreten, hat sich noch nicht herausgebildet.

Seit Sommer 2012 kommt es zwar zu Zusammenschlüssen, die eine nichtislamistische politische Alternative repräsentieren, wie die *Partei Nida Tunis* (Ruf Tunesiens), die *Volksfront* (Front Populaire), ein Zusammenschluss von elf Parteien des linken Spektrums von Anfang Oktober 2012, oder die *Republikanische Partei*. Diese Organisationen vermitteln jedoch – zumindest Anfang November 2012 – nicht den Eindruck, als ob sie bereit sein werden, gemeinsam und überparteilich für ein nichtislamistisches Staats- und Gesellschaftskonzept landesweit zu werben.

Islamistische Parteien und vor allem die an der gesellschaftlichen Basis aktiven Vereinigungen, darunter zahlreiche salafistische, bauen zwischenzeitlich ungestört ihren Einfluss in den Institutionen und in der Gesellschaft aus. Sie gewinnen immer mehr Boden in den Moscheen, generell im religiösen Bereich und auf allen Ebenen des Bildungssystems. Sie sitzen damit zunehmend an denjenigen Schaltstellen, die es erlauben, die Interpretation der Religion (den Glauben) und die Weltansicht (das Denken generell) zu orientieren und zu bestimmen.

Starken Gegenwind müssen sie bislang in diesen Aktionsfeldern nicht fürchten. Die Ennahda-Führung hat zumindest in der laufenden Übergangsperiode, in der sie nicht die absolute Mehrheit in der Verfassunggebenden Versammlung hat und auf die Koalitionspartner des nichtislamistischen Spektrums angewiesen ist, kein Interesse, gegen Maßnahmen anderer islamistischer Organisationen zur Verbreitung islamistischen Gedankenguts vorzugehen, die ihrer Partei ebenfalls zugute kommen.

Daraus kann allerdings nicht geschlossen werden, dass die Ennahda-Führung – wenn sie bei Wahlen die absolute Mehrheit erringen würde – nicht versucht, ihren religiös-politischen Führungsanspruch durchzusetzen und Konkurrenz auszuschalten. Nicht auszuschließen wäre dann allerdings ein Konflikt zwischen Ennahda und den anderen islamistischen Organisationen, der wahrscheinlich nicht gewaltfrei verlaufen würde.

5. Perspektiven

Mündet die derzeit existierende Komplementarität und Komplizität zwischen Ennahda und Salafisten in eine islamistische Diktatur und die Entmachtung staatlicher Institutionen?²¹ Eines ist bislang offenkundig: Islamistische Organisationen und Persönlichkeiten sind in Tunesien aktiv dabei, die Bedingungen zu schaffen, um eine Ordnung ihrer Vorstellung, in der Religion und Politik/Staat eins sind, zu etablieren. Der Wahlsieg der islamistischen Ennahda im Oktober 2011 und die Zersplitterung der nichtislamistischen Parteien und der Zivilgesellschaft haben die besten Voraussetzungen für einen islamistischen Aufschwung geschaffen, den Salafisten seither mitgestalten. Fatal sind die Auswirkungen des islamistischen Aufschwungs für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Tunesiens. Die Auseinandersetzungen um die Sicherung der Macht (Ennahdas) und den Einfluss islamistischer Organisationen auf Religion, Politik und Gesellschaft stehen derart im Vordergrund, dass alle anderen Bereiche von der Ennahda-dominierten Regierung sekundär behandelt werden.

Die Aktivitäten salafistischer Organisationen und Persönlichkeiten fördern nicht nur salafistische Ideen, sondern generell islamistische Ideen. Sie bereiten den Boden für islamistische politische Parteien und für deren Gang durch die Institutionen an die Macht. Die „Missionsarbeit“ an der Basis (Koranschulen, Bildungswesen, Lehrerausbildung, Moscheen, Fernsehen), die Moralisierungskampagnen, verbunden mit dem Aufbau von sozialem Druck zur Anpassung, wie auch Gewaltakte gegen „Abweichler“, „Ungläubige“, die Angst erzeugen und den Anpassungsdruck erhöhen sollen, können der islamistischen Bewegung weiterhin Auftrieb und politischen Einfluss verschaffen. Die langfristige Wirkung dieser pädagogischen Arbeit ist nicht zu unterschätzen.

Die Verbindung zwischen Salafisten und der Partei Ennahda erlaubt den tunesischen Salafisten und islamistischen Organisationen mit ähnlich radikalen Positionen (wie der Befreiungspartei) in und durch Ennahda politisch Einfluss nehmen. Die Fraktion innerhalb Ennahdas mit moderateren Vorstellungen als jene der salafistischen Fraktion der Partei erwies sich bislang als nicht durchsetzungsfähig; ihr Anteil wird auf 40 Prozent der Parteimitglieder geschätzt. Bleibt das Kräfteverhältnis innerhalb der Partei so bestehen, wird parallel zur politischen Domi-

²¹ Der Jurist Professor Sadok Belaid nannte die Ennahda-Partei die „Alliierte des Salafismus“ und wies auf die schleichende Schwächung und Entmachtung der staatlichen Institutionen unter der Ennahda-geführten Regierung hin; vgl. La Presse de Tunisie, 30.7.2012 (Interview: Pr Sadok Belaid à La Presse).

nanz Ennahdas in den Institutionen des Staates der Einfluss für salafistische oder ähnlich radikale Islaminterpretationen und Ordnungskonzepte gebnet.

Hinzu kommt, dass die Vereinigungen der Da`wa-Salafisten großen Handlungsspielraum haben und Prediger wie der Imam der Zitouna-Moschee, Houcine Laabidi, die religiösen Ausbildungsstätten ausbauen, an denen der Nachwuchs für die Weiterverbreitung einer fundamentalistisch-islamistischen Religionsinterpretation herangezogen wird.

Wenn diese Aktivitäten und Einflüsse sich konsolidieren und bei den nächsten Legislativ- und Präsidentschaftswahlen (voraussichtlich im Juni 2013) Islamisten siegen, dann werden sukzessive Maßnahmen folgen, die einen Wandel in Richtung einer demokratischeren und freiheitlicheren Ordnung unterbinden. Die bereits jetzt kursierenden Gesetzentwürfe und Forderungen von Ennahda und Salafisten bzw. anderen islamischen Fundamentalisten weisen in diese Richtung. Rachid Ghannouchi hat im Zusammenhang mit seinem Appell an Salafisten, geduldiger zu sein und die Islamisierung (und Moralisierung) der Gesellschaft in Etappen zu vollziehen,²² deutlich gemacht, dass er hinsichtlich des Ziels mit ihnen konform geht. Lediglich die Ungeduld einiger wird von Ghannouchi nicht gut geheißen, weil diese Ungeduld die Gefahr des Scheiterns in sich birgt, solange nicht alle Institutionen – inklusive Militär, Polizei – von Ennahda (Islamisten) kontrolliert werden. Den Menschen werden sowohl von Ghannouchi bzw. Ennahda als auch den Vertretern des Salafismus nur innerhalb der Grenzen, die ihnen die Religion (Koran und Scharia) vorschreiben, Freiheiten zugebilligt. Dieses Grundverständnis wird geteilt und datiert nicht erst seit 2011/12; es korrespondiert mit früheren Schriften und Äußerungen Ghannouchis. Deswegen kann Ennahda sich hinsichtlich der Verfassungsinhalte momentan formal konzessionsbereit zeigen: Es kommt schließlich, so eine klare Aussage Ghannouchis, nicht auf den Text an sich, sondern auf die Auslegung der Verfassungsartikel und die praktische Gesetzgebung an.

Seit dem Umsturz in Tunesien 2011 engagiert sich die deutsche Bundesregierung im Rahmen der deutsch-tunesischen Transformationspartnerschaft für den Aufbau einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft, die begleitet werden soll von einer Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen. Bei anhaltender Schwäche der Befürworter pluralistischer, freiheitlicher und

²² So u. a. in den über das Internet (Youtube) im Oktober 2012 einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemachten Videos, die Gespräche Ghannouchis mit Salafisten vom Februar und April 2012 zeigen, in dem er sich für die Islamisierung in Etappen ausspricht. Vgl. u. a. Kapitalis.com, Tunis, 10.10.2012 (Affaires des vidéos fuitées); Tsa-algerie.com, 11.10.2012 (Quand Rached Ghannouchi explique „L’islamisation“ de la Tunisie „par étapes“).

weniger autoritärer Strukturen, die sich für das Gesamtwohl des Landes und seiner Bewohner einsetzen und gleichbleibenden oder wachsendem Einfluss islamistischer Organisationen, die eine konflikträchtige Bipolarisierung der Gesellschaft vorantreiben und sich nicht auf die Lösung der drängenden wirtschaftlichen und sozioökonomischen Probleme konzentrieren, besteht für Tunesien die Gefahr einer langen Periode institutioneller, wirtschaftlicher und sozialer Instabilität und wachsender sicherheitspolitischer Probleme.

© Edition Wuqûf, Berlin 2012

Bundesallee 221, 10719 Berlin

<<http://www.wuquf.de>>

ISSN 0948-0951

Die Wuqûf-Kurzanalysen erscheinen unregelmäßig; sie informieren über aktuelle Entwicklungen in Nordafrika/Nahost oder kommentieren diese zielgerichtet. Die Wuqûf-Kurzanalysen stehen kostenlos Online zur Verfügung. Sie sind abrufbar unter <<http://www.wuquf.de/wuquf-online.html>>.

Die Wuqûf-Kurzanalysen sind eine privat finanzierte Reihe ohne Unterstützung seitens einer staatlichen oder halbstaatlichen in- oder ausländischen Institution.

Herausgeber

Sigrid Faath, Privatdozentin Dr. habil.; Studium der Politischen Wissenschaft, Ethnologie und Soziologie; wissenschaftliche Publizistin und Consultant; Associate fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Nordafrika, Innen- und Außenpolitik; euromediterrane Beziehungen; Konfliktpotentiale in Nordafrika/Nahost. Zu diesen Themen liegen zahlreiche Veröffentlichungen vor.

Kontakt: sfaath@wuquf.de

Hanspeter Mattes, Dr. phil. (Politische Wissenschaft), Diplom-Volkswirt; stellvertretender Direktor des GIGA Institut für Nahost-Studien, Hamburg. Zahlreiche Veröffentlichungen u.a. zur Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, insbesondere Libyens. Thematische Arbeitsschwerpunkte: Politische und wirtschaftliche Transformationsprozesse und Sicherheitsprobleme in Nordafrika.

Kontakt: hmattes@wuquf.de